

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Nr. 178.

Donnerstag, den 1. August 1895.

VI. Jahrgang.

Beiträge zur Programmdebatte.

II.

Die Tatsache an und für sich, daß wir uns mit einem sog. Agrarprogramm an bestimmte Schichten der Gesellschaft wenden und zwar an Schichten, die theilweise durchaus nicht proletarischen Charakters sind, daß wir versuchen, durch bestimmte, scharf umrissene Forderungen diese Schichten für uns, für unsere demokratischen und sozialistischen Ideen zu gewinnen, läßt schon in manchem Genossen die Befürchtung aufkommen, daß die Partei mit diesen neuen, zum Theil auf Agrarproletariat, auf bäuerliche Besitzer berechneten Forderungen auf eine gefährliche schiefe Ebene gerathen werde, die zum Verluste des rein proletarischen, des revolutionären Klassencharakters unserer Bewegung führen könne. Und damit werde der Partei am Ende der Stempel einer bürgerlich demokratischen Reformpartei aufgedrückt, einer Partei, in der Kleinbürgerthum und Kleinbauernthum mit allerlei ängstlichen Kurpfuschereien am sozialen Körper einen dominirenden Einfluß ausüben. Diejenigen, welche von derartigen Befürchtungen erfüllt sind, möchten daher am liebsten von einer programmatischen Stellungnahme der Partei zur Agrarfrage ganz absehen oder diese Stellungnahme höchstens auf die offenkundig proletarischen Elemente, die Landarbeiter beschränken, um die vermeintlich drohende Gefahr für die Reinheit der Partei fernzuhalten.

Wir können solche Befürchtungen durchaus nicht theilen. Zunächst macht der fortschreitende Proceß der Proletarisierung immer weiterer Schichten der Gesellschaft, die stets steigende Zahl der allmählig der Proletarisierung Verfallenden, der Halbproletarier, die Errichtung einer Grenze, an der das reine Proletariat zu beginnen hat, immer schwieriger; mit dem Anschwellen unserer Anhängerschaft ganz allgemein ist zugleich ein steter Zuwachs an solchen Elementen verbunden, die, wenn auch stetig abwärts gleitend, dennoch eine gewisse bürgerliche Existenz inne haben. Diese Elemente von uns fernzuhalten, etwa im Interesse der Erhaltung der proletarischen Reinheit der Partei, wird doch wohl Niemand einfallen; wir haben vielmehr die Ueberzeugung, daß sowohl durch unsere Aufklärungsarbeit wie durch die nivellirende Wirkung der wirtschaftlichen Entwicklung auch diese Schichten sich allmählig immer mehr dem Klassencharakter der Bewegung verbinden.

Wenn nun in der Stadt, in Handel, Gewerbe und Industrie eine scharfe erkennbare Grenze zwischen dem reinen Proletariat und den der Proletarisierung allmählig verfallenden bürgerlichen Schichten schon schwer zu ziehen sein wird, so wird eine solche Begrenzung auf dem Lande, in der Landwirtschaft noch wesentlich schwieriger sein. Viele Hunderttausende Kleinbesitzer, immerhin aber Besitzer, rangiren nach Lebenshaltung und ganzen äußeren Lebensumständen zweifellos nicht unerheblich unter weiten Schichten städtischer, nicht als ihre Arbeitskraft bestehenden Arbeitern, während wiederum die Lebenshaltung des ländlichen Kleinbesitzers in einigen Gegenden immerhin höher stehen mag, als wie die so manchen Handwerkers und kleinen Gewerbetreibenden in der Stadt. Es ist also schon daraus sowohl die Berechtigung wie auch geradezu die Möglichkeit der von gewissen Seiten gewünschten Beschränkung der Partei auf die rein proletarischen Elemente in Stadt und Land erschlossen zu bestreiten.

Und dann will uns denn doch auch, offen gesagt, diese stete Besorgniß um die Erhaltung der revolutionären Grundlagen unserer Partei, die Furcht vor dem nach dieser Richtung hin gefährlichen Eindringen bürgerlicher wie bäuerlicher Elemente in dieselbe fast als ein Mißtrauen in die Güte der eigenen Sache erscheinen, als ein Zweifeln an der Wahrheit dessen, was wir als unabänderliche Konsequenz unserer ökonomischen Entwicklung erkannt haben: der Verwirklichung der sozialistischen Idee der „Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum und der Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Production.“ Könnte die Erreichung dieses Zieles, das nicht ein Hirngespinnst einzelner speculativer Köpfe, sondern das notwendige, gewisse Product der nach unerschütterlichen Gesetzen geregelten Entwicklung der Menschheit ist, etwa durch die Reformgelüste, die auf Erhaltung, wenn auch Verbesserung der bürgerlichen Verhältnisse gerichteten Bestrebungen eines Theiles, ja selbst eines großen Theiles der jetzigen Socialdemokratie verhindert werden? Wer das bejahen kann, ist unseres Erachtens von der geschichtlichen und culturellen Nothwendigkeit des Socialismus nicht zum Vollen erfüllt.

Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß wir nicht die Pflicht anerkennen, durch möglichst zweckentsprechende Mittel die Entwicklung der Dinge in unserem Sinne zu beeinflussen und zu beschleunigen

und keineswegs leugnen wir auch die Möglichkeit, daß durch unrichtige Mittel diese Entwicklung verlangsamt und die Klasse der Proletariats unter gegebenen Umständen geschädigt werden könnte. Gerade darum aber halten wir es schon an und für sich für die unabwiesbare Pflicht der Partei, mit allen Kräften nach der Gewinnung immer neuer Schichten der bürgerlichen, in der Auflösung begriffenen Gesellschaft zu streben und wir würden es in der That für einen überaus schweren Fehler halten, wenn wir uns der Aufgabe, auch das Land für unsere Ideen zu gewinnen, noch länger entziehen wollten.

Wie wichtig, wie unabwieslich diese Aufgabe für uns geworden ist, dafür wird es kaum bei irgend einem Genossen noch der Beweisführung bedürfen. Der Capitalismus hat in immer steigendem Maße auch auf dem Lande den Boden vorbereitet für den Socialismus. Die Waarenproduction hat die Naturalwirtschaft verdrängt, die landwirtschaftliche Production hängt vom Weltmarkt ab und leidet unter der Concurrenz, gleich der industriellen Production. Und diese Entwicklung bedingt in der Landwirtschaft stetig verringerte Rentabilität und fortwährend steigende Verschuldung, während Militarismus und Steuerlasten diese Verhältnisse noch verschlimmern und verschärfen und die ländliche Bevölkerung in immer elendere Verhältnisse bringen. Da ist es denn kein Wunder, daß auch die Landbevölkerung und besonders auch der Bauernstand zum politischen Leben erwacht und sich nach den Mitteln und nach der Partei umsieht, die geeignet und gewillt ist, ihre Interessen zu vertreten. Können, dürfen wir da ruhig zusehen, wenn der Junker versucht, den Landbewohner und zwar sowohl den ländlichen Proletarier wie den allgemach ins Proletariat herabsinkenden Kleinbauern für seine reactionär-demagogischen Zwecke einzufangen und ihn, der bisher vielfach nur ein passiver Gegner der Socialdemokratie war, zum activen Gegner derselben zu machen sucht?

Hier handelt es sich um fast die volle Hälfte der in der Production thätigen Bevölkerung, es handelt sich um Millionen proletarischer Existenzen und um weitere Millionen, die nach dem Gange der Entwicklung in der Zukunft dem Proletariat völlig anheimfallen müssen — und da darf es für die Socialdemokratie in der That kein Zögern geben, sie muß, um die Gewißheit ihres Sieges ganz eminent zu stärken und zu beschleunigen, mit frischen Kräften auch an die Gewinnung der Masse der Landbevölkerung gehen, sie kann aber

Im Exil.

Roman von Georges Renard.
Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

(Nachdruck verboten.)

33] Aber als René ihr auseinandergesetzt hatte, daß die Akademie für Moralphilosophie und Politik ein Werk preisgekrönt hätte, das er ihr eingereicht, lachte und weinte sie, umarmte sie ihren Sohn und betrachtete ihn voll Respect und Bewunderung. Sie erwog alle Folgen, welche diese unverhoffte Freude möglicherweise haben konnte. Sie sah ihren Sohn berühmt, wie er gebeten wurde, nach Frankreich zurückzukehren und wie man ihn plötzlich zu den höchsten Aemtern berief. Sie lachte auch nicht mit ihren Fragen. Was hatte es mit diesem Roman auf sich? Welchen Gegenstand behandelte er? Wie hatte er es angestellt, ihn zu schreiben, ohne daß Jemand etwas davon wußte? René mußte ihr schließlich die erste Niederschrift des Romans zeigen und versprechen, ihr denselben vorzulesen. Sie war von einem wahren Fieber der Neugier und der Ungeduld erfaßt. Sofort wollte sie eine Reihe von Besuchen machen, um die Neuigkeit überall zu verkünden. René hatte Mühe, sie zu überreden, daß sie den angekündigten Brief abwartete.

Er kam mit der Post des nächsten Morgens und enthielt die von dem Secretär der Academie unterzeichnete entliche Benachrichtigung, daß das Manuscript Nr. 80 von der mit der Führung der Preisbewerbung

beiraute Commission als das Beste befunden, daß alsdann das versiegelte Couvert, das den Namen des Autors enthielt, geöffnet worden und daß der Preis von 2000 Franken den in dem Couvert enthaltenen Angaben gemäß Herrn René Messant zuerkannt sei. — Diese Benachrichtigung war an die Adresse, die er angegeben hatte, gesandt worden, nämlich an Herrn Lucien Morlet in Paris, Rue Menilmontant 84.

Lucien beglückwünschte seinen Freund warm, fügte aber den Rath hinzu:

„Daß zunächst die Zeitungen die Nachricht verbreiten. Warte einige Tage, ehe Du an die Academie schreibst. Dann wird es Zeit sein, daß Du sagst, wer Du bist. Du mußt die gute Alte etwas schonen, die in Ohnmacht fallen könnte, wenn sie hört, daß Du ein so schreckliches, blutdürstiges Ungeheuer bist.“

Zwei Tage später konnte René seinen vollen Namen in einer großen Pariser Zeitung lesen. Alsdann schrieb er an den Secretär und unterzeichnete: — „Lehrer am Gymnasium zu Bevey.“ Er erlaubte nun auch seiner Mutter, die vor Ungeduld brannte, ein so angenehmes Geheimniß aller Welt zu enthüllen, die Sache unter ihren Freunden und Bekannten auszusprechen. In wenigen Stunden war ganz Bevey von dem großen Ereigniß unterrichtet und in den nächsten Tagen wurde René mit einem wahren Wollenbruch von Briefen und Besuchern überschüttet, die alle den Preisgekrönten beglückwünschten.

„Ach, nun werden wir Sie nicht mehr lange be-

halten.“ — sagte Rosa Kranz melancholisch, und dieses vorzeitige Bedauern war die größte Freude für die glückstrahlende Mutter. Aber René litt, denn unter all' den Glückwünschen fand er nicht diejenigen, welche für ihn die werthvollsten gewesen wären. Noch immer wußte er von den Roveray'schen Damen nichts.

Zu Ende der Woche empfing er einen zweiten Brief von Lucien. Er war folgendermaßen abgefaßt:

„Wie sehr hastest Du Recht, mein lieber Freund, als Du Deinen Namen nicht beifügest, sowie daß Du in contumaciam Verurtheilt, ein unverbesserlicher Feind der heutigen Gesellschaft bist. Höre nur, was sich in der letzten Sitzung der hochweisen Academie zugegetragen hat. Ich erzähle nach dem Bericht eines Augen- und Ohrenzeugen:

Der Secretär sagte in dem säuerlichen Tone, den Du an ihm kennst, zu seinen Collegen: — „Meine Herren, in diesem Jahre ist uns etwas Außergewöhnliches begegnet. Bei unserem Preisanschreiben, das Allen, die in französischer Sprache schreiben, offen stand; hat ein Schweizer den Preis davongetragen. Ich habe einen Brief erhalten von Herrn René Messant, unserem Preisgekrönten, der Lehrer am Gymnasium zu Bevey im Canton Waadt ist. — Stimmen schwirrten durch einander. Man hauchte, man wunderte sich, als plötzlich der ehrwürdige Anatole Dufault (Du weißt, daß er hin und wieder bei Deinem Better Dubourg verkehrt) rief: „René Messant? In Bevey! Halt, den kenne ich. Gewiß, ich irre mich nicht. Die Sache ist sogar außergewöhnlicher, als Sie denken,

diese Gewinnung nur erreichen, wenn sie nicht nur für den Landarbeiter, sondern auch für den Kleinbauern, den Proletarier der Zukunft eintritt. Und ohne die Schwierigkeiten dieser Aufgabe zu verkennen, können wir nur unsere Bemühung darüber aussprechen, daß die Agrarcommission den positiven Versuch der Lösung dieser Aufgabe gemacht hat.

Daß dann die Vorschläge der Agrarcommission in ihrer Gesamtheit wie in allen Einzelheiten nicht die principiellen Grundzüge der Socialdemokratie wie sie im ersten Theile unseres Programms klar und scharf gegeben ist, autarken, bedarf unseres Erachtens keiner weiteren Vervollständigung. Das Agrarprogramm stellt lediglich eine Ergänzung und Vermehrung der längst im zweiten Theile des Programms aufgestellten Forderungen dar, derjenigen Forderungen, deren Durchführung die Socialdemokratie, ausgehend von den im ersten Theile aufgestellten Grundzügen, zunächst und im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung erstrebt. Die Forderungen, welche die Agrarcommission aufgestellt hat, sind in der That nicht socialistisch, sollen das auch nicht sein, so wenig die bisher schon geltenden Forderungen des zweiten Theiles unseres Programms solches sind oder sein sollen. Und so wenig bisher das Bestehen dieses zweiten Theiles unserer Programmforderungen bestimmt oder geeignet war, „unsere letzten Ziele“ zu verhüllen oder zu verkleinern, so wenig soll und wird das mit dem nun jenem Theile angefügten Agrarprogramm der Fall sein. Unverändert steht unser hohes Ziel vor unseren Augen und die vorgeschlagene Erweiterung unserer Programmforderungen kann einzig den Zweck haben, uns neue und sichere Wege zur endlichen Gewinnung dieses herrlichen Zieles zu eröffnen.

Ob dieser Zweck in der vorgeschlagenen Weise überall erreicht wird, ob nicht hier und da ein Irrweg, ein beschwerlicher oder gar gefährlicher Weg dem rüstig dem Ziele entgegenstrebenden Wanderer gezeigt worden ist, ob nicht noch besser zum Ziele führende Wege zu finden sind, das näher zu prüfen, soll zunächst unsere Aufgabe sein.

Politische Rundschau.

— Ein Reinfall ohne Folgen. Die Herren Miquel, Poladomsky, Riedel und Genossen, die das deutsche Reich durch neue Steuern und durch die „Reichsfinanzreform“ belasten und dem Reichstage das Budgetrecht verkürzen wollten, sind durch den Rassenabschluß aus dem Reichshaushalte über das Finanzjahr 1894/95 glänzend abgeführt. 100 Millionen Mark neuer Steuern wollten sie, und im Etat, im Voranschlage, überstiegen die Matricularbeiträge der Einzelstaaten um 52 1/2 Millionen Mark. Und wie hoch ist nun wirklich die Spannung, das heißt das Mehr der Matricularbeiträge über die Ueberweisungen, die die Regierung auf 52 1/2 der Reichstag auf 30 Millionen veranschlagte? Noch nicht ganze drei Millionen Mark brauchen die Einzelstaaten insgesammt für das Jahr 1894/95 zu den Reichslasten beizutragen. Alles übrige, die ganze Militärlast, die Kosten der Marine, der Colonialpolitik, die Schulhöfen u. werden aus den indirekten Reichs-

Steuern gedeckt und können gedeckt werden, weil infolge der Mehrerhebungen an den betreffenden Reichsteuern die entsprechenden Ueberweisungen daraus an die Einzelstaaten bis auf einen geringen Betrag die Summe der Matricularbeiträge erreichen. Trotz dieser schweren finanzpolitischen Niederlage aber liegen die Herren Miquel und Poladomsky wie festgelebt auf ihren Ministersejeln, bis etwa auch sie einmal der Luconus antritt. Und schon machen die Officiösen für neue Marineforderungen Stimmung, obwohl das Marinebudget doch zu furchtbarer Höhe gestiegen ist. Das Volk mag auf der Hut sein!

— Einen plumpen Dauernfang sucht die „Kreuz-Zeitung“ zu treiben. Sie wendet sich gegen die Vorschläge des Reichslandwirths, welche dieser am 29. März bei Verathung des Antrages Ranitz aussprach, wonach 76,6 pCt. der Grundbesitzer keinen Nutzen von der Annahme des Antrages haben. Um das Gegentheil zu beweisen, stellt das Junkerorgan folgende Rechnung auf:

„Doch sehen wir uns einmal die 5 Hektar-Wirtschaften näher an: Der Bedarf an Wintergetreide für eine normalstarke Familie wird aufs Jahr auf ärmeren Boden, wo man sparsamer lebt, 16 bis 18 Centner betragen, auf guten Boden 18 bis 20; ferner ist als Saatgut auf den Morgen 85 Pfund erforderlich und 5 pCt. des Ertrisches als Futter in Abgang zu bringen.“

A. Auf ärmeren Boden bebaut der Wirth von seinen 20 Morgen die Hälfte, d. i. 10 Morgen, mit Roggen und erntet also 10 mal 4 gleich 40 Centner; hiervon ab für die Familie 17 Centner, zur Saat 8 1/2 Centner und zum Futter 2 Centner — in Summa 27 1/2 Centner. Es bleiben also 12 1/2 Centner zum Verkauf. Diese 12 1/2 Centner würden nach der Absicht des Antrages Ranitz dem Wirth eine Mehreinnahme von 37 M. gewähren; eine solche Summe spielt aber im Haushalt einer so armen Wirthschaft allerdings eine große Rolle!

B. Auf besten Boden baut der Wirth 7 Morgen Winterung: 2 Morgen Weizen zu 16 Centner, 5 Morgen Roggen zu 14 Centner gleich Summa 102 Centner; hiervon ab der reichlichere Hausbedarf 20 Centner, Saatgut 5,60 Centner, Futter 5 Centner gleich Summa 30,60 Centner — so daß hier zum Verkauf 71,40 Centner verblieben, welche nach der Absicht des Antrages Ranitz einen Mehrertrag von etwa 180 Mark dem Wirth zuwenden würden.“

Innerhalb des Rahmens dieser beiden Wirthschaften dürften sich aber alle 5 Hektar großen Wirthschaften bewegen.“

Die „Kreuz-Zeitung“ verschweigt, daß diese 76,6 pCt. der Grundbesitzer nicht 5 Hektar, sondern unter 5 Hektar besitzen. Es sind nach der Berufszählung vom 5. Juni 1882 im Ganzen 4,043,238 landwirthschaftliche Betriebe, die ein Areal von 5,992,260 Hektaren umfassen. Stimmt die übrige Rechnung der „Kreuz-Zeitung“, dann würden von diesem Land 2,996,130 Hektaren mit Getreide bebaut sein und nach dem zehnjährigen Durchschnitt von 1883 bis 1892 einen Ertrag von 59,926,000 Centnern Getreide geliefert haben. Nach Angabe des Junkerblattes würden die 4,043,238 Familien der Kleinbauern 72,778,284 Centner verbrauchen und an Saat und Futter würden zur Bearbeitung des Areals 11,953,746 Centner erforderlich sein. Nun stellt sich die Rechnung so: in den 4,043,238, also 76,6 pCt. der landwirthschaftlichen Betriebe wurden 84,732,030 Centner Getreide verbraucht und von diesem Verbrauch wurden 59,926,000 Centner durch die eigene Ernte gedeckt. Es müßten also 24,809,430

Centner nachgekauft werden. Stimmt man, wie die „Kreuz-Zeitung“ annimmt, der Centner durchschnittlich zu 3 Mark im Preise, so beträgt die Nachfrage des Reichs Ranitz diesen Landbesitzer fast doppelt so viel Ausgabe von 74,424,290 Mark.

Wenn man den Kleinbauern sagt: Ihr habt eine Mehreinnahme von 37—180 Mark jährlich, dann werden diese sich für den Antrag Ranitz begeistern. Würde er aber angenommen, dann würden die Grundbesitzer einen Vortheil haben, die Kleinbauern hingegen um so schneller ruiniert werden. Wenn irgendwo der Ausbruch Dauernfang am Plage ist, dann ist es dieser Polemik des Junkerorgans gegenüber.

— Gehler's Hut ist Wahrheit geworden — die schönen Kritiker, welche die ganze Tell-Geschichte für eine Sage erklärten, sind Lügen gestraft. Denn Tell haben wir zwar nicht, aber Gehler ist da, und sein Hut auch — freilich zunächst erst als frommer, jedoch sehr ernsthafter Wunsch. Nicht in der felsenumhülltesten Urschwäiz, sondern im „hellen Sachsen“ soll das Symbol der heutschen Reichsherrlichkeit aufgestellt werden. Man lese nur, was aus Sachsen geschrieben wird:

Ein militärkolleriger Furrahpatriot fordert in den „Dresdener Nachrichten“ auf, in der Jubiläumzeit vom 15. Juli 1895 bis 10. Mai 1898 vor den eichenbekränzten Fahnen, Standarten und den schönen feierlichen den Hut zu ziehen. — Daun würde sich's weiter allerdings empfehlen, Militär- oder Polizeiposten aufzustellen, welche die gewissenhafte Abjovirung des Gdhenbienstes überwachen. Wer sich etwa weigern sollte, vor den Kanonen den Hut zu lästern, der könnte ja wohl wegen „groben Unfugs“ bestraft werden, falls nicht die juristische Findigkeit einen anderen Paragraphen des Strafgesetzes, danach die Größerverweigerung zu ahnden wäre, ermittelt. Die Hundstage sind heuer besonders heiß. Heiliger Schimmel des Caligula!

Schimmel des Caligula? Die Pferde und Rosse sind allezeit angebetet worden und werden es auch heute. Ueber diesen Heroencultus sind wir aber längst schon hinausgekommen. Heut haben die Schimmel des Caligula lange Ohren.

— Sämmtliche preussischen Minister, mit Ausnahme von zweien, befinden sich zur Zeit nicht in Berlin auf ihren Posten, sondern überall zerstreut in Sommerfrischen und Bädern, um ihre Sünden abzuwaschen. Der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe befindet sich auf seiner Besitzung in Aussen, der Handelsminister Freiherr von Berlepsch auf seiner Besitzung in Thüringen, der Justizminister Schönstedt auf der Insel Rügen, der Cultusminister Dr. Boffe in Tirol, der Minister des Innern von Köller im Elsaß, der Finanzminister Dr. Miquel im Harz; auch der Kriegsminister Bronsart von Schellendorff und der Landwirtschaftsminister von Hammerstein sind von Berlin abwesend. — Aber siehe da: die Welt ist noch nicht zu Grunde gegangen. „Es geht auch so.“

Die italienische Kammer erweist sich in ihrer Mehrheit bis jetzt noch immer als zuverlässig für Herrn Crispi, trotz dessen sehr bedenklich gewordener Situation. Augenblicklich hat Crispi einen neuen Schwindel ausgeheckt, um sich über Wasser zu halten. Der „Frankf.“

meine Herren. Wir haben einen Exilanten, einen Communisten preisgekrönt, der von rechts wegen in Neucaledonien sein müßte.“

Das scheint ungeheure Bestürzung in der Versammlung erregt zu haben. Die Akademie — eine Ausfühlerin, eine Revolutionärin, ohne es zu wissen, eine Begünstigerin der umstürzlerischen Ideen, mit ihren Vorbeeren das Haupt eines Rebellen krönend — man muß gesehen, daß das ein hartes Stück war!

Aber was thun? Der alte Birague, der Exminister des Kaiserreichs, hat um das Wort: „Meine Herren“, sagte er feierlich, „die Akademie kann keinem jener Menschen den Preis zuerkennen, welche die heiligsten Dinge angegriffen haben und die Frankreich verpflichtet war, aus seinem Schooße zu entfernen. Das heißt mit den Anstänblichen pactura! Ich beantrage, daß die Akademie von dem gefähten Beschlusse zurückstehe und den Preis auf eine der übrigen Arbeiten, die sie über dasselbe Thema empfangen hat, vertheile.“

Der Vorschlag fand zuerst Beifall. — Ja, ja, unterstützt! rief man von allen Seiten. Unterdessen erhob sich Anatole Dufrane. Er hätte eine kleine Bemerkung zu machen. Er erlaube an, daß der Vorschlag seines Liebes, bedeutender Kollegen von einem treppischen Griffe eingegeben sei, daß die Akademie an ihrer Ehre, ihrem Ruhm, eine Citadelle aller gesunden Lehren der Wissenschaft zu sein, sich halten müsse. Allein, er wolle darauf aufmerksam machen, daß die Preise des Namens des Preisgekrönten schon in die Öffentlichkeit gebracht

habe, und daß ein Votum, welches ihm den Preis wieder aberkenne, Gefahr liefe, peinliche Commentare zu provociren.

Die Akademie sah sich schon den Journalisten als willkommenen Beute preisgegeben. Diese heilige Furcht hatte die Wirkung einer kalten Douche. Einige Mitglieder wagten es, laut auszusprechen, daß die vorgeschlagene Abänderung ungerecht sei, daß das Werk es verdiente, belohnt zu werden, daß man sich um die Stellung des Autors nicht zu kümmern habe. Die Exaltirten wiederholten: Ein Flüchtling siehe außerhalb des Gesetzes. Er möge sich als Gefangener stellen! — Die allgemeine Bewirrung war auf ihrem Höhepunkte angelangt. Da hatte der Secretär eine geniale Idee:

„Sie haben Recht, meine verehrte Kollegen“, sagte er. „Wir können einem Exilanten den Preis nicht geben. Aber wir können den Antrag stellen, daß der, dem wir den Preis gegeben haben, nicht länger ein Exilant sei. So eriparen wir der Akademie die Gefahr, ihr Urtheil abändern zu müssen und lassen die großen Principien der Unterjügung der Gesellschaft, die unter uns Tradition sind, unangefastet. Der Fürst Birague murmelte ein paar Worte, die Niemand hören konnte, in jenem Bari. Seine Stimme wurde von zahlreichen Rufes: Sehr richtig! Sehr richtig! überstimmt.“

Und so wird die Akademie dich, mein lieber alter Freund, selbst zurückrufen. Bwat! Du wirst

mit den Ehren des Kriegers zu uns zurückkehren. Auf baldiges Wiedersehen!

Lucien Morlet.“

Die Zeitungen zgerten denn auch nicht, die Nachricht zu bestätigen. Die einen registrierten sie widerwillig ohne weitere Zuthaten, die andern schmückten sie mit mehr oder weniger phantastischen Commentaren aus. Die Kühnsten bedienten sich der Thatsache als einer Waffe, um die gänzliche Amnestie der Communeverurtheilten zu fordern. Der Name René Messant war so mit einem Male aus der Dunkelheit gezogen. Freunde, die ihn vergessen hatten, erinnerten sich wieder seiner. Seine Verwandten empfanden plötzlich für ihn und seine Mutter etwas von ihrer früheren Zuneigung. Man veröffentlichte seine Biographie wie üblich mit einer Menge grober Irrthümer. Ein illustriertes Blatt hat um sein Bild, um es seinen Lesern vorzuführen. Er konnte sich beinahe in dem Glauben wiegen, daß er eine berühmte Persönlichkeit geworden sei.

Frau Messant schwelgte in befriedigtem Stolze. Ein Schatten nur trübte ihre Freude. „O, wenn Dein armer Vater doch noch lebte!“ — konnte sie sich nicht enthalten, wieder und wieder zu ihrem Sohne zu sagen. Was René betraf, so befand er sich in einem sonderbaren Seelenzustande. Die französische Gesandtschaft benachrichtigte ihn, daß er das Recht habe, in sein Geburtsland zurückzukehren. Zum Schluß des Schuljahres, der gerade einige Wochen später fiel, richtete René bei den Cantonsbehörden sein Entlassungsgesuch ein. (Fortsetzung folgt.)

Zeitungs" mit darüber geschriebener: Tod Crispi des Tages ist die Ankunft des Grafen Baratteris. Warum der Graf von Genua überhaupt kommt, das wissen die Italiener — nach dem Schluß der Cammer erlahmte, für jetzt dient er nur als *ex machina*, der das ins Stücken getretene Drama, das den Titel trägt: „Kammer und Ministerium“, um nächsten Ende führen soll. Crispi kennt seine Landleute, die ebenso wie die Franzosen sich durch ein bloßes *glorieux* leicht hinsetzen lassen; ist es doch auch gewissermaßen unpatriotisch, wenn man einem siegreichen Helden gegenüber noch von Geld spricht. Die Opposition läßt sich aber nicht ihre machen und behauptet lähn, der famose Vertrag von Uccialli, durch welchen der Regus Menelli zum Protegé Italiens erhoben worden, sei nur eine Komödie, und deshalb müsse sich Crispi auch die Demüthigung, die in dem Empfang der abessinischen Expedition in Petersburg liege, ruhig gefallen lassen. Die Opposition ist empört darüber, daß Italien von Rußland als *quantité négligeable* behandelt wird, und sie steht allen Erklärungen des Ministers Blanc in Betreff eines Einvernehmens mit England kühl gegenüber. Ueberhaupt bekämpft sie die uferlose Colonialpolitik, die Italien nach einer Zusammenstellung Adolf Hoff's, des Mailänder Journalisten, der lange in Eritrea war, in zehn Jahren 200 Millionen gekostet hat, und fragt, ob man das Geld nicht besser für die viel nöthigere innere Colonialpolitik hätte verwenden sollen. Was die Regierung eigentlich will, hat sie auch in der großen Vorlesung des Ministers Blanc nicht verrathen. Schwarzseher behaupten, der Karren sei in Afrika so verfahren, daß Italien nichts übrig bleibe, als mit englischer Hilfe ganz Abessinien zu erobern, um dann eventuell dort ein englisch-italienisches Condominium einzuführen. Das sind nette Aussichten für den armen italienischen Steuerzahler — und für das scheinbar jetzt erreichte Budgetgleichgewicht. Unter diesen Umständen ist der Besuch Baratteris und sein Auftreten in der Kammer ein ganz guter Theatercoup, um das Ministerium vor genauer Rechnungslegung zu retten. Aber was dann? Mit dieser Hand in Mund-Politik läßt sich doch nicht ewig wirtschaften. . . Man glaubt jetzt, daß Crispi nach Erledigung aller Finanzgesetze auf die Berathung seines Stats verzichten und, den Bitten der schweigenden Mehrheit nachgebend, gegen die Bewilligung eines Provisoriums die Erlaubniß, in die Ferien zu gehen, ertheilen wird. Ist die Kammer erst von Rom entfernt, so kann die Regierung ungehindert weiter existiren und unter Umständen sogar dem Lande mittheilen, wie viele Opfer an Geld und Menschen der neue Krieg in Abessinien kosten wird; denn daß es zum Kriege kommen muß, ist sicher, die Dinge liegen in Abessinien so, daß nur ein neuer Vorstoß den Italienern helfen kann.

Weiter wird berichtet: Die Kammermehrheit schloß die Generaldiscussion über das Budget des Auswärtigen Amtes und nahm gegen die äußerste Linke die von Crispi gebilligte Tagesordnung Rudinis an, worin das Haus Act von den Erklärungen der Regierung nimmt. In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß die Kammer im Laufe dieser Woche ihre Arbeiten beenden werde. Die Crispi-Kulis treiben zum Schluß, damit ihr Brotherr nicht noch mehr compromittirt werde. — Cavallotti erklärt in dem römischen Blatt „Don Chisciotta“, er könne beweisen, daß Crispi die Ordensverleihung an Cornelius Herz aus eigenem Antrieb beim König bewirkt und das Originalsecret Herz geschickt habe, der es noch besitze, obgleich es durch ein zweites Decret des Königs auf Veranlassung Rudinis aufgehoben worden sei. Ferner erklärt Cavallotti, daß er zu beweisen vermöge, daß Crispi 110,000 Franken in Italien von 60,000 und 50,000 erhalten habe. Schließlich fordert er den Richter auf, Rudini, den früheren Hausminister Natuzzi, Berti, den Kanzler des Mauritiusordens, vor dem Beginne der Untersuchung als Zeugen vorzuladen. Herr Crispi hat eine eiserne Stirne. — Cavallotti stellte sich am 29. Juli dem Untersuchungsrichter vor, um über die gegen Crispi erhobenen Anschuldigungen nähere Aufschlüsse zu ertheilen. Der Untersuchungsrichter hat zahlreiche Urkunden aus dem Banca Romana-Prozesse kommen lassen. Die Untersuchung wird voraussichtlich mehrere Monate dauern. Nur Zeit gewinnen, das ist die Lösung jedes Gauners und Fälschers. — Crispi will angeblich seinem Beschützer, dem Könige Humbert, den Kaiser titel besorgen. Ob Humbert als König oder Kaiser sich zum Complicen des Fälschers und Panamino-Chefs Crispi macht, ist gleichgültig.

Die Demonstration gegen das belgische Schulgesetz hat, wie wir schon berichteten, einen großartigen Verlauf genommen. Der Brüsseler Correspondent der

„Holl. Hg.“ berichtet darüber eingehend. Mit einnehmen dem interessanten Bericht folgen wir:

„Gestern um 1 Uhr 15 Min. die Demonstration in Brüssel. Wir haben uns vorher versammelt, bei der belgische Hauptstadt mehrheitlich Situationsbedingungen im großen Maßstab gegen und für das belgische Regiment erörtert, aber die geliebte nationale Kundgebung für die Gewissensfreiheit und gegen das Schulgesetz. Wir sind von 1 Uhr Mittags ab bis gegen 1 Uhr Abends in den Straßen Brüssels entzweit, hat alle bisherigen Kundgebungen dieser Art in den Schatten gestellt. Aus allen Theilen und Städten des Landes strömten Männer und Frauen, Arbeiter jeder Lebensstellung, Bauern und Arbeiter, Wallonen und Flamen, Reiche und Arme nach der Hauptstadt zusammen, um nochmal gegen das kirchliche Regiment, die Gewissensfreiheit angulasten und die Schule der Kirche auszuliefern Einspruch zu erheben und die Stadt Brüssel hat ihnen einen begeisterten Empfang bereitet. Die Menschenmassen auf den Straßen, die jeden Balkon, jedes Fenster, der Häuser fallenden Männer und Frauen weitesterten darin, die Dahingehenden zu besubeln mit Ratschen und Wehen der Taschentücher Welsch zu spenden, in die Volkswaisen einzuklinken und durch kräftige Rufe ihrer antikirchlichen Gesinnung Ausdruck zu geben. Liberale, Fortschrittler und Socialisten, die Lehrer und Freidenker fanden eine gleich begeisterte Aufnahme.

Und was Ordnung herrschte dabei. Obwohl es Sonntag und ganz Brüssel auf den Beinen war, obwohl mehr als 100,000 Menschen, gewaltige Arbeitermassen in den Straßen sich bewegten, keine einzige Ausschreitung. Nicht eine einzige Verhaftung wurde vorgenommen; alle Vorkehrungsmaßregeln erwiesen sich als überflüssig. Eine geübene Stimmung befehlte alle Volksschichten. Von frühester Morgenstunde ab traf auf allen Bahnhöfen Zug auf Zug ein; die Liberalen — alle eine Kornblume oder eine blaue Schleife im Knopfloche — mit ihren blauen Fahnen und prächtigen kostbaren, zum Theil alten Bannern, die Socialisten und Socialistinnen mit rothen Abzeichen, mit rothen Fahnen und Musikkapellen, die Freidenker- und Schulvereine zogen in die Hauptstadt ein. Alle aber führten riesenplacate mit drastischen Bildern und Aufschriften mit sich.

Um 1 Uhr Mittags bildete sich der Zug, um 2 Uhr setzte er sich in Bewegung. Jeder Teilnehmer hatte an seiner Kopfbedeckung einen Zettel mit der gedruckten Aufschrift: „Nieder mit dem Schulgesetz!“ „Weg mit der schoolwet!“ „Für die Gewissensfreiheit.“ Auf den zahllosen Plakaten und Schildern las man u. a. Aufschriften wie: „Die Wissenschaft und der Lehrer in der Schule, der Katholizismus und Priester in der Kirche? Belgische Bürger, werdet Ihr Eueren Schreien vernichten lassen? Kein Glaubenssatz, Friede und Duldung für jedes Gewissen! Die Kirche außerhalb der Schule! Die Lehrer sind die Diener des Vaterlandes, nicht die einer Partei! Unabhängige Lehrer, um freie Männer zu haben! Für Unterricht 11 Millionen Francs, für Gefängnisse 20 Mill. Francs! Letzte Verwarnung vor der Verfolgung! Lieber freiwillig sterben, als die Freiheit des Landes einbüßen! Die Schule und die Lehrer müssen über die politischen Kämpfe gestellt werden! Die Religion bildet Sklaven, die Wissenschaft freie Männer! Wir befinden uns in berechtigter Verteidigung gegen die Verletzung der Verfassung!“ Endlich das Schild der Stadt Brügge: „Drei öffentliche Schulen, 45 Klöster!“ Nicht minder drastisch waren die bildlichen Darstellungen, die den Minister Schollaert, den Rechtsführer Woeste, den Minister de Burlet, den Unterrichtsminister lächerlich machten, die großen Jubel hervorriefen und stets mit den Rufen: „Nieder mit den Priesterkappen!“ begrüßt wurden. Besonders hübsch war das Bild einer Schulkasse, in der alle Kinder mit verbundenen Augen auf den Bänken sitzen und der Priester auf der Wandtafel 3 x 3 = 1 anschreibt!

Der Zug naht! Das „Geusenlied“ ertönt; der „Baepenras“ erklingt; die Musikkapellen stimmen den Urteveldemarsch, die Marschmusik, lustige Weisen an. Voran die Leiter der Kundgebung, die fortschrittlichen und socialistischen Senatoren und Deputirten, die Lehrer und Lehrerinnen aller Landestheile. Ihnen folgt der schwarz verhüllte niedrige Wagen, auf dem eine 5 Meter hohe Frauengestalt, „die Göttin der Gewissensfreiheit“, ganz mit schwarzen Schleiern umhüllt, zu ihren Füßen der belgische Löwe thront; vier schwarz behangene Pferde ziehen den Wagen, hinter welchem 300 Schulkinder einherschreiten. Und nun folgte Provinz auf Provinz! Mit Jubel wurden die 15 000 Antwerpener mit ihren kostbaren Bannern, darunter dem geschichtlichen Banner des Schweigers mit der Aufschrift „Nieder Türken als Papisten!“, die Antwerpener Fabrikarbeiter, die Lütticher, die 5000 Genter Socialisten, die Bergarbeiter des Hennegau, die Fischer von Blankenberghe, die Studenten der Universitäten und höheren Lehranstalten, alle Gruppen begrüßt. Brüssel allein entsendete 151 politische Gruppen! Der Vorbemarsch des Zuges nahm 2 1/2 Stunden in Anspruch; die Zahl der Manifestanten wird auf 90 000 geschätzt. Zwei Mal hielt der Zug an: bei dem Märtyrerdenkmal legte Senator Janson einen Kranz nieder mit den Worten: „Niemand wird die Souveränität der Kirche über die Freiheit des Volkes triumphiren und niemals wird Belgien eine Vasallenprovinz des Vatikan werden!“ und am Zaabelplatz auf dem bei den Denkmälern der Grafen Egmont und Hoorn Kränze niedergelegt wurden. So zog man zu dem Rathhausplatz, dessen Häuser bis zu den Dächern hinauf mit Zuschauern besetzt waren.

Auf dem Plage selbst stellten sich alle Teilnehmer der Kundgebung auf. Lautlose Stille trat ein, als auf der Steintrappe vor der Patte de Dinon der Genter Socialistenführer Anjele in blämischer Sprache das Wort nahm und in maßvoller bildreicher und ergreifender Ansprache für die Gewissensfreiheit und für einen ernsthaften Schulunterricht eintrat und Alle zum Zusammenhalten und zur Ausdauer mahnte. Er betonte, daß das Volk jetzt eine gefährliche Waffe, das allgemeine Stimmrecht besitze und die Missethäter der Regierung im nächsten Jahre fällen werde. Während sprach der Senator Janson in

„Nieder mit dem Schulgesetz“ und die Demonstration in Brüssel. Wir haben uns vorher versammelt, bei der belgische Hauptstadt mehrheitlich Situationsbedingungen im großen Maßstab gegen und für das belgische Regiment erörtert, aber die geliebte nationale Kundgebung für die Gewissensfreiheit und gegen das Schulgesetz. Wir sind von 1 Uhr Mittags ab bis gegen 1 Uhr Abends in den Straßen Brüssels entzweit, hat alle bisherigen Kundgebungen dieser Art in den Schatten gestellt. Aus allen Theilen und Städten des Landes strömten Männer und Frauen, Arbeiter jeder Lebensstellung, Bauern und Arbeiter, Wallonen und Flamen, Reiche und Arme nach der Hauptstadt zusammen, um nochmal gegen das kirchliche Regiment, die Gewissensfreiheit angulasten und die Schule der Kirche auszuliefern Einspruch zu erheben und die Stadt Brüssel hat ihnen einen begeisterten Empfang bereitet. Die Menschenmassen auf den Straßen, die jeden Balkon, jedes Fenster, der Häuser fallenden Männer und Frauen weitesterten darin, die Dahingehenden zu besubeln mit Ratschen und Wehen der Taschentücher Welsch zu spenden, in die Volkswaisen einzuklinken und durch kräftige Rufe ihrer antikirchlichen Gesinnung Ausdruck zu geben. Liberale, Fortschrittler und Socialisten, die Lehrer und Freidenker fanden eine gleich begeisterte Aufnahme.

Die französischen Generalrats-Wahlen wurden von dem Telegraphen als eine „große Niederlage der Socialisten“ ausposaunt. Alle französischen Blätter sollten in die'er Niederlage das Hauptmerkmal der Wahl erblicken, und was dergleichen mehr war. „Wir kennen die Weise, wir kennen den Text, wir kennen die Herren Verfasser.“ Wenn es sich um Socialismus und Socialisten handelt, sind unsere Gegner unfähig, die Wahrheit zu sehen und die Wahrheit zu sagen. Und wenn von unseren Genossen irgend etwas Schlechtes oder Nachtheiliges gesagt wird, so glauben wir es niemals auf's Wort, sondern warten erst weitere Nachrichten ab. So auch in diesem Falle. In Folge der furchtbaren Gewitter, die am Sonntag in ganz Frankreich, wie auch in einem Theile Deutschlands wütheten, trafen die telegraphischen Wahlergebnisse verspätet und unvollständig in Paris ein. Die „Petite Republique“ stellt mit Genugthuung fest, daß die Wahlen im allgemeinen eine Linksschwenkung der Wählermassen bedeuten: die gemäßigten und früher monarchistischen Republikaner haben überall an Boden verloren. „Was die socialistischen Candidaturen betrifft — so schreibt unser Organ — so haben wir nicht minderen Grund zur Genugthuung. Ueberall, wo sich unsere Genossen den Wählern präsentirten, erlangten sie bedeutende Stimmzahlen, obgleich sie an den meisten Orten Männer bekämpften, die, lange im Besitze des Mandats, Gelegenheit gehabt hatten, Einfluß auf die Wähler zu gewinnen. In den großen Städten, in den Industriezentren sind unsere Genossen vorn an. In Limoges, Marseille, Toulon, Carmaux haben wir beim ersten Anlauf gesiegt. In Lille ist die Mehrzahl der Stichwahlen uns günstig. Dergleichen in Amiens, Reims, Lyon und in den Departements Allier und Cher. Kurz, wir haben wieder einen Schritt vorwärts gemacht.“ So unser Partei-Organ. Die „Niederlagen“, von denen unsere Gegner reden, sind entweder erlogen oder sie bestehen darin, daß unsere Genossen da, wo sie zum ersten Mal Candidaten aufstellten — und das geschah an sehr vielen Orten — nicht gleich das erste Mal gestiegt haben! Ebenso gut könnte man von der argen Niederlage der deutschen Socialisten bei den letzten Reichstagswahlen reden, weil wir in 300 Wahlkreisen geschlagen worden sind und bloß in etlichen vierzig gestiegt haben. In Carmaux wurde der in Folge einer Intrigue seiner bürgerlichen Ehrenrechte beraubte Salvignac mit riesiger Majorität gewählt. Der Staatsrath, und in letzter Instanz die Kammer, wird darüber zu entscheiden haben, ob die Wahl gültig ist.

Parteiangelegenheiten.

Agarprogramm. In Mainz beschloß eine Parteiverammlung, das hessische Landescomitee zu ersuchen, auf die Tagesordnung der nächsten stattfindenden Landesconferenz die Besprechung des Agarprogramms zu setzen. Bei der Discussion darüber bezeichnete ein Theil der Redner die Vorschläge der Commission als unannehmbar und das jetzige Programm der Partei ausreichend. Die Mehrheit der Redner stand aber den Vorschlägen sympathisch gegenüber, weil in Beziehung auf die Agitation unter der Landtagsabgeordneter absolut etwas geschehen müsse. Reichs- und Landtagsabgeordneter Joest äußerte, der Entwurf des Agarprogramms leide daran, daß den norddeutschen Verhältnissen zu viel Rechnung getragen sei. Den in Mainz abgefaßten Entwurf der süddeutschen Section halte er in seiner Fassung für glücklicher. Wie dem aber auch sei, er rathe von einer scharfen Stellungnahme ab; auf dem Parteitag in Breslau werde sich der rechte Weg schon finden lassen. Die Versammlung beschloß noch, den Parteivorstand in Berlin zu ersuchen, die Tagesordnung des Breslauer Parteitages dahin abzuändern, daß die Besprechung des Agarprogramms an die zweite Stelle der Tagesordnung gesetzt werde, um reichlich Zeit zur Besprechung dieses wichtigen Punktes zu gewinnen. Im Socialdemokratischen Verein in Bielefeld bei Dresden besprach man die Frage, ob ein Agarprogramm nothwendig sei. Die Meinungen darüber waren verschieden. Fast einstimmig aber verurtheilt man die dem Agarprogramm-Entwurf „innewohnende Tendenz, die Kleinbauern vor den zerlegenden Einflüssen der economischen Entwicklung zu schützen.“ Die Debatte bildete die Einleitung zu der in weiteren Zusammenkünften des Vereins vor sich gehenden Specialberatung des Entwurfs.

Donnerstag, den 1. August 1895.

Das Jubiläum einer Gewaltthat der Polizei.

Unter dieser Epithete bringt unser Frankfurter Parteiorgan, die „Volkstimme“, nachstehenden beherzigenswerthen Artikel:

Das „Ordnungsliebende“ Völkertum, die deutschen Vertreter des Capitalismus, feiern jetzt in Gaus und Straus die Erinnerung an die blutigen Menschenmorde, zu welchen vor fünfundsiebzig Jahren zwei große Kulturvölker, die deutsche und die französische Nation, durch die ränkevolle Politik gewissenloser Gewaltmenschen gegen einander gehegt wurden. Die Feier dieser Mordthaten wird von den Mordspatrioten damit zu beschönigen und zu rechtfertigen gesucht, daß angeblich dieser Krieg die „Einheit“, die Macht und das Ansehen Deutschlands begründet habe. Nun, wir erfahren ja fast täglich, was es mit diesen gepriesenen „Erfolgen“, was es mit dieser „Einheit“ auf sich hat! Aber wenn es auch wirklich wahr wäre, daß jener entsetzliche Krieg nicht zu vermeiden war, so kann doch gewiß nicht bewiesen werden, daß die genannten Ziele nicht auch auf friedlichem Wege und zwar viel sicherer und dauernder erlangt werden konnten.

Das Klassenbewußte arbeitende Volk aller Länder verdammt jeden Krieg, der nicht lediglich zur Vertreibung gegen ungerechte Gewalt geführt wird. Und mit jedem Jahre auf's Neue erhebt am ersten Tage des Maien das Proletariat aller Länder seinen feierlichen Protest gegen die Barbarei des planmäßigen Massenmords! Es will aber nicht nur die Beseitigung der Völkerverfeindlichkeit, es erstrebt auch die Beseitigung des Klassenunterschiedes, um aller Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ziel zu setzen und damit die wahre Einheit, das Wohl und die Freiheit aller Menschen zu ermöglichen.

Diese Bestrebungen aber verstoßen gegen die heutige „Ordnung“, die ohne die Ausbeutung nicht bestehen kann. Die Ausbeutung, der wirtschaftliche Krieg Aller gegen Alle, muß im Interesse dieser „Ordnung“ erhalten, und deshalb der „Umsturz“ bekämpft werden, der den dauernden Menschenfrieden

verwirklichen will. Der letzte Feldzug der „Ordnung“ gegen den „Umsturz“ ist zwar täglich gescheitert; man begnügt sich wieder mit kleinen Schamzügen gegen die Kämpfer für den wahren Frieden. Aber zwölf Jahre lang führte die „Ordnung“ einen ständigen Krieg gegen den „Umsturz“, dem sie dabei viele Verluste und schmerzvolle Wunden beibrachte, der aber dennoch nicht besiegt wurde, sondern immer gewaltiger anschwellte, so daß zuletzt die „Ordnung“ erschöpft und verzweifelt ihre stumpfe Waffe, das Socialisten-Gesetz, zu Boden fallen ließ.

Das Socialistengesetz, dieser zwölfjährige innere Krieg, brachte der „Ordnung“ allerdings keinen Ruhm, und schwerlich wird sie das fünfundsiebzigjährige Jubiläum der „Kriegserklärung“ vom 21. October 1878, noch das der einzelnen „Kampftage“ feiern. Deshalb wollen wir, die Bekämpften, Verfolgten, aber nicht Besiegten, gelegentlich einzelne Episoden aus diesem Kriege in die Erinnerung zurückrufen, unseren jungen Kampfgenossen zur Lehre, der „Ordnung“ aber zur Warnung.

Eine der barbarischsten Taten der „Ordnung“ in jenem zwölfjährigen Feldzuge gegen den „Umsturz“ war die empörende Polizeifälschung auf dem Friedhofe zu Frankfurt, am Morgen des 22. Juli 1885. Zehn Jahre sind seit diesem Tage vergangen; es ziemt sich daher, wieder einmal dieses denkwürdigen Tages zu gedenken. Schlicht und einfach wollen wir in aller Kürze die Ereignisse schildern, das Urtheil jedoch — unsern Lesern überlassen!

Am 19. Juli genannten Jahres starb im hiesigen Bürgerhospital der Eisiseur Hugo Hiller, ein braver und eifriger Genosse, der sich auch in anderen Kreisen einer allgemeinen Achtung erfreute, als er durch seine umsichtige Leitung der großartigen Versammlung, die am Abend vor der Stichwahl im November 1884 im Saalbau stattfand, bekannt geworden war. Obgleich die Beerdigung an einem Wochentage stattfand, hatten sich dennoch über Tausend Leidtragende eingefunden, welche dem Zuge folgten, der größte Theil davon aber nur bis in die Anlage. Etwa 400 Genossen gingen mit auf den Friedhof, begleitet von etwa 20 Polizisten. Es wurde eine größere Anzahl Kränze, sämmtlich mit rothen Schleifen, gewidmet von hiesigen und auswärtigen

Genossen, im Zuge getragen, wozu die begleitenden Schulleute ebenso wenig etwas einzuwenden, als gegen die rothen Blumen, welche die meisten Genossen im Knopfloche trugen.

Am Portale des Friedhofes aber griff die Polizei Abend ein. Es waren die beiden Gitterthüren am Portale rechts und links von den Säulen verschlossen und auch das mittlere war nur so weit geöffnet, daß immer nur zwei Personen gleichzeitig eintreten konnten. Hier stand der Polizeicommissar Heinrich Meyer, der die Beseitigung der rothen Schleifen von den Kränzen verlangte, dem auch wohl oder übel Folge geleistet wurde; man steckte die Schleifen in die Tasche. Auch die rothen Blumen wurden verschiedenen Genossen von den Schulleuten aus den Knopflöchern gezogen. Auf dem Friedhofe waren unter dem Commando Meyer's noch 38 Schulleute postirt, außerhalb des Friedhofes, mehrere hundert Schritte entfernt, hielten fünf bereitete Schulleute.

Commissar Meyer erklärte dem Bruder des Verstorbenen sowie dem Vertrauensmanne der Partei, Genossen Oscar Füllgrabe, daß keine Neben gehalten werden dürfen; der letztgenannte erwiderte, es sei doch wohl eine einfache Widmung gestattet, worauf Meyer nichts bemerkte. Nachdem der Verein „Amicitia“ einen Chor gesungen, begann Füllgrabe mit den Worten: „Geehrte Genossen!“ worauf sofort der Commissar ihn mit der Bemerkung unterbrach, es dürfe keine Rede gehalten werden, sonst müsse er die Versammlung auflösen. Füllgrabe legte dann den Kranz im Namen der Socialdemokratie Deutschlands nieder. Nun folgten eine Reihe Vertreter verschiedener Orte aus der Umgegend, darunter auch Offenbach, Hanau, Darmstadt, Höchst u. s. w.; Alle sprachen einfach die Widmung im Namen der Genossen der betreffenden Orte. Nur der Vertreter von Mainz, Genosse Joseph Leyendecker, begnügte sich nicht mit der Widmung. Als er den Kranz niedergelegt hatte, zog er eine Schleife aus der Tasche und sprach mit lauter Stimme: „Diese rothe Schleife aber gebe ich Dir in die Grube zu Ehren Deines Wirkens für die Sache der Freiheit!“

Nun entwickelte sich eine kaum zu beschreibende Scene! Noch ehe Leyendecker die angeführten Worte vollständig beendet, rief der Commissar: „Auf Grund

Eine Hinrichtung.

Aus dem Französischen des Felicien Champaur.

Man sprach im Offizierscasino von John Lee. Zum Galgen verurtheilt, war er, nachdem er mehrmals zum Richtplatz geführt worden war, ohne gehängt werden zu können — die Schlinge öffnete sich nicht — begnadigt worden.

Als die Rede auf diesen dem Galgen entronnenen Verbrecher kam, sagte Einer von uns, ein großer fleischer Junge:

„Ich erinnere mich, einer noch schrecklicheren Handlung beigewohnt, ja selbst an ihr Theil genommen zu haben.“

„Was? Sie müssen uns das erzählen!“

„Sehr gerne . . . Im Jahre 1870 erhielt mein Bataillon vom General Crouzal den Befehl, sich nach Antun zu begeben, um dort eine Batterie in Empfang zu nehmen und auf die Schlachtfelder von Pasque und Vandenesse zu führen, wo Garibaldi mit General Werder handgemein geworden war.“

Von Bligny an der Duche, einem Flecken mit tausend Einwohnern, abmarschirt, folgten wir, Artilleristen und Infanteristen, auf dem Wege zum Schlachtfeld dem engen Thale; auf beiden Seiten Wälder, in der Mitte der Fluß . . . Es war der 29. November; neblig und tothiges Wetter; das Echo warf das Dröhnen der Kanonen furchtbar zurück. kaum hatte unsere Colonne an der Duche Halt gemacht, als Flüchtlinge von Vandenesse herbeiliefen. Soldaten Garibaldi's in allerlei Uniformen, mit Worten aller Art, Freischärler und Wegweiser, eilten an uns vorüber, ein Wirbel von rothen Hemden. Endlich erschien der Chef des Generalstabs, Oberst Gysbans, in einem Wagen, von einer halben Escadron berittenen Siebenerischen begleitet. Er trug uns die Deckung des Rückzuges auf. Wir thaten das; er wurde aber gar nicht beunruhigt. Hierauf kehrten wir bei Einbruch der Nacht nach Bligny an der Duche zurück.

Auf der Straße, voll von Geschützen, Karren und Soldaten im Dienste, die Brot oder Fleisch fassen gehen, rief ich den Commandanten der Artillerie der Bogesen an. Er sagt zu mir:

„Sind Sie sich klar über die Zusammensetzung des Kriegsgerichtes, und kennen Sie das Decret von Tours, das die Kriegsgerichtshöfe betrifft?“

„Ja, Herr Commandant.“

„Haben Sie schon einen beigewohnt?“

„Nein aber . . .“

„Ich ernenne Sie zum Schriftführer des Kriegsgerichtshofes, der heute Abend zusammentritt . . . Fangen wir an und setzen wir ihn zusammen!“

Wir gehen ins Caffeehaus, der Commandant ruft: „Kellner, zwei Absinth, mit Zucker für mich, und Schreibzeug!“ . . . Es handelte sich um zwei Soldaten, die der Plünderung mit bewaffneter Hand angeklagt waren, zwei Freiwillige des Corps aus Algier, das aus Männern aller Nationalitäten bestand. Der Eine war ein Ungar, der Andere, aus Beauvais, hieß Mignot.

„Herr Commandant, nach den Bestimmungen des Decrets brauchen wir einen Bataillonschef als Vorsitzenden.“

„Das werde ich sein.“

„Wir brauchen zwei Hauptleute.“

„Das wird Der und Jener sein.“

„Wir brauchen einen Unterlieutenant.“

Er wendete sich gegen einen Gast zur Linken, der zuhörte:

„Das werden Sie sein.“

„Und einen Unteroffizier!“

„Ah, wen Sie wollen . . .“

Zum Teufel, das Ganze war nicht sehr gefällig, denn das Decret schreibt vor, daß die Richter des Kriegsgerichtshofes nach dem Dienstaltersrang gewählt werden müssen . . . Sie haben gewiß nicht vergessen, meine Herren, daß dieses Decret eine ausnahmsweise Rechtspredung und drakonische Strafen bestimmt? . . .

Sofort verfaßte ich den Einberufungsbesehl für das Kriegsgericht. Der Escadronschef unterzeichnet ihn, obwohl er, wie der Befehl zur Einleitung der Untersuchung und zur Vernehmung in den Anklagezustand, vom Generalcommandanten ausgehen sollte. Mein Vorgesetzter beunruhigt sich darüber nicht, er bricht kurz ab:

„Sorgen Sie für ein geeignetes Local und richten Sie es so gut als möglich ein.“

„Aber wo sind die Angeklagten?“

„Meiner Treu, ich weiß nicht . . . Suchen Sie sie.“

Und er geht.

Der Schnee begann langsam zu fallen. Nachdem ich einige Zeit in Folge der Unordnung, die der Krieg mit sich führt, in dem Städtchen herumgeirrt, finde ich die Gefangenen, wie sie gerade mit ihren Wachen in einer Scheune stehen. Ich lasse sie auf die Hauptwache bringen und mache mich auf die Suche nach einem Saale. Der vom Friedensgericht konnte dazu dienen; ein schwarzer Tisch, im Hintergrund zwei kleinere, einer rechts, einer links, ein Crucifix an der Mauer — es fehlte nichts.

Um 8 Uhr eröffnet der Präsident die Sitzung. Das Gericht von der Verhandlung hatte sich schon in Bligny verbreitet; Soldaten, Bauern, Frauen drängten sich an den Schranken. Es war schrecklich und feldisch zugleich. Bloss zwei Lichter; ich hatte große Erdäpfel in zwei Theile geschnitten und Kerzen hineingesteckt.

Man führt die zwei Angeklagten herbei. Ein schöner Junge, dieser Mignot, groß und braun, aber vollständig betrunken! Sein Kamerad war nur halb berauscht. Die Zeugen werden einvernommen. Es ergibt sich, daß am Nachmittag, als der Flecken passirt wurde, die beiden Soldaten versucht hatten — aber erfolglos — Enten zu stibigen. Als Bauern sie daran verhindern wollten, hatten sie ihre Waffen, Miniécarabiner, gegen sie gerichtet, ohne aber Gebrauch davon zu machen.

Das Decret von Tours hatte den Beistand von Verteidigern verboten.

Zwischen mehreren Mitgliedern des Gerichtes entspinnt sich ein Meinungswechsel über die Frage, ob ein nicht geladener Miniécarabiner eine Waffe sei; einer der Hauptleute schlägt vor, die Carabiner der Angeklagten holen zu lassen. Der Quartiermeister erhält Befehl, den Ladestock in den Lauf des Carabiners des Ungarn zu stoßen; er giebt einen metallischen Klang.

Ein „Ah“ der Erleichterung entzinkt sich jeder Brust.

Dasselbe vollzieht sich an Mignot's Carabiner; aber der giebt nicht mehr den klaren Ton von früher . . . Schweigen der Erwartung.

Die Debatte ist geschlossen. Der Vorsitzende

§ 9 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Ver-
 handlungen der Socialdemokratie erklärte ich die Versamm-
 lung für aufgelöst! Eins; zwei; drei!" Auf das letzte
 Wort hin hatten sofort sämtliche Schulleute die
 Säbel gezogen und verschiedene von ihnen hieben sofort
 mit der flachen Klinge auf die entsetzt auseinanderstiehende
 Menge ein. Einige Personen stürzten beim Hieben
 über die Gräber und wurden gehauen. Der Schnelber
 Werthold wollte ein ungeranntes Kind aufheben, wurde
 aber dabei selbst ungeschlagen und fiel in das offene
 Grab; als er sich herausarbeitete, wurde er mit Säbel-
 hieben über den Rücken empfangen.

Als die ersten Leute am nahen Portale ankamen,
 war dasselbe gänzlich verschlossen und sie
 wurden durch einige während den Säbel schwingende
 Schulleute wieder zurückgetrieben; einige stürzten mit
 Hilfe einer Gartenleiter über die Mauer. Nachdem das
 Thor endlich geöffnet war, wurden die Leute außen
 von den herkommenden Polizisten mit Säbel-
 hieben empfangen. Auf dem ganzen Friedhof liefen die
 wütenden „Ordnungshelben“ herum und schlugen auch
 Leute, die bei dem Leichenbegängnis gar nicht betheiligt
 waren; so einen Maurer, der ein Grabdenkmal ab-
 zeichnete.

Die Verletzungen waren zwar alle nicht sehr ge-
 fährlich; aber verschiedene Leute waren einige Tage
 arbeitsunfähig, und Einer litt selbst bauernb an
 Krampfanfällen, jedw. falls durch eine Nervenschwäche in
 Folge des Schredes. Niemand hatte sich widerlegt
 Der Ueberfall kam so plötzlich, daß glücklicher Weise
 Niemand an Widerstand dachte. Auf dem Friedhofe
 aber waren auch zwei Schulleute mit Revolvern
 postirt. Jebermann hatte die Ueberzeugung, daß die
 Sache beabsichtigt war, um eine Gelegenheit zur
 Verhängung des „kleinen Belagerungs-
 zustandes“ herbeizuführen, der seit der
 Wahl eines Socialdemokraten über Frankfurt schwebte,
 und der ein Jahr später, anlässlich des sogenannten
 Geheimbundprozesses, auch verhängt wurde.

Der Commissar entschuldigte sein Verhalten später
 vor Gericht damit, daß ihm seitens des Präsidiums
 thätlich Vorhalte darüber gemacht worden
 waren, weil er bei der Vertheidigung des Genossen
 Böll, anderthalb Jahre zuvor, nicht energisch
 genug gewesen sei! In Folge dessen habe er seine
 Mannschaft instruirt, „eventuell“ von der Waffe Ge-
 brauch zu machen. Zwei seiner Leute aber bezeugten,
 daß die Anweisung lautete, sofort mit flacher Klinge
 draufzuschlagen, und daß auch sofort „gekopft“ wurde.
 Außer dem Commissar waren noch drei Schu-

läßt das Publikum abtreten, da es sonst keinen Be-
 rathungsjaal giebt. Nach einigen Augenblicken tritt
 die Menge wieder ein, und der Gerichtshof verkündet
 das Urtheil im Namen des bedrohten Vaterlandes:
 Der Ungar ist freigesprochen, Mignot zur Todesstrafe
 verurtheilt. Gegen das Urtheil giebt es keine Be-
 rufung; es giebt keine Aufhebung desselben, und es
 besagt, daß der Schuldige gemäß dem Gesetz innerhalb
 vierundzwanzig Stunden vor den unter Waffen stehen-
 den Truppen erschossen werden muß.

Mignot, ganz betrunken, verstand und versteht
 nichts. Und langsam strömt die Menge hinaus.
 Draußen diskutirten einzelne Gruppen im Schnee, der
 fortwährend langsam fiel.

Der Verurtheilte wird in einer Zelle des
 Gendarmenriedepots untergebracht. Der Vorsteher und
 ich als Schriftführer begaben uns zum Generalstab,
 um über das Urtheil zu berichten. Mitternacht. Ope-
 dane, im Schloß von Bagny einquartirt, ist einge-
 schlafen.

Ich sehe ihn noch auf seinem Lager, ein rothes
 Tuch um seinen Kopf geknüpft, das zwei Hörner
 macht, deren Schatten sich auf den Vorhängen, un-
 geheuer vergrößert, abbildet. Ein einziges Licht
 Neben ihm, auf dem Nachttisch, ein Wecker und ein
 Revolver.

Wie er von dem Urtheil hört, bestimmt er die
 Hinrichtung für 5 Uhr Morgens, dann für 7, dann
 für 9, weil ich ihn vorst. die, daß sie nach dem
 Militärstrafgesetze bei Tage stattzufinden habe.

Das für eine Nacht! Ich war wie gelähmt
 durch den Marich nach Bandeneste, durch den Rückzug
 und meine Arbeit als Schriftführer. Ich ging noch
 zum Bürgermeister, Herrn Seemann, um einen Platz in
 der Nähe des Friedhofes für die Hinrichtung zu be-
 stimmen, dann zum Herr, um seinen Beisatz zu
 erbitten.

Es war ein breiter alter Mann mit weißen
 Haaren, ein sehr wichtiger Typus eines Provinz-
 dachstern. Seine Lippen hegamen zu zittern, als er
 errieth, was für eine Pflicht ihn bevorstehe.

Leute, die sich besonders auszeichneten, sowie natürlich
 Leveneder, weil er angeblich während der Auf-
 lösung fortrobete, angeklagt. Meyer erhielt drei
 Monate, die Schulleute je zwei Monate,
 einen Monat und vierzehn Tage, Regen-
 becker einen Monat Gefängnis. Die Polizei-
 beamten wurden aber sämmtlich begnadigt!

Mit welchem Rechte, fragen wir, konnte man den
 Socialdemokraten verbieten, einem Genossen am Grabe
 einen Nachruf zu widmen? Wie war man berechtigt,
 zu behaupten, die Socialdemokraten benutzten die Leichen-
 begängnisse nur zu politischen Demonstrationen, wie
 durfte man ihnen wehren, einem geachteten Manne die
 letzte Ehre zu erweisen? Wenn etwas Ungefährliches
 dabei geschehen wäre, so konnten ja die Schulbigen be-
 straft werden!

Neun Jahre sind seitdem vergangen. Das
 „Socialstrafgesetz“ ist sanft entschlafen und ein „Um-
 sturzgesetz“ wurde in der Geburt erstickt. Wenn uns
 wirklich daran gelegen wäre, jeden passenden Anlaß zu
 einer Demonstration zu benutzen, so hätte die Erinne-
 rung an die „Friedhofssäbellei“ eine solche
 Gelegenheit geboten! Aber wir wollten nicht abermals
 die Ruhe und Würde des Friedhofes einer Gefahr
 aussetzen!

Und deshalb hat eine kleine Deputation von Ge-
 nossen nur in aller Stille einen Kranz mit
 rother Schleife am Grabe unseres Genossen
 Giller niedergelegt. — Es lebe die Socialdemo-
 kratie, — es lebe die Menschlichkeit.

Locales.

Breslau, den 1. August 1895.

* Lohn-Beschlagnahmen. Das
 Reichsgesetz vom 21. Juni 1889 trifft über die Be-
 schlagnahme des Arbeits- und Dienstlohnes Bestim-
 mungen. Nach § 1 dieses Gesetzes darf die Vergütung
 für Arbeiten oder Dienste, welche auf Grund eines
 Arbeits- oder Dienstverhältnisses geleistet werden, sofern
 dies Verhältniß die Erwerbthätigkeit des Arbeiters
 vollständig oder hauptsächlich in Anspruch nimmt, zum
 Zwecke der Sicherstellung oder Befriedigung eines
 Gläubigers erst dann mit Beschlag belegt werden,
 nachdem die Leistung der Arbeit oder Dienste erfolgt
 und nachdem der Tag, an welchem die Vergütung
 (Lohn) zu entrichten war, abgelaufen ist, ohne daß der
 Vergütungsberechtigte (Arbeiter) dieselbe eingefordert
 hat. Ob der Lohn Accord- oder Zeitlohn, ist gleich-
 gültig. Die Beschlagnahme ist jedoch in folgenden
 Fällen dennoch zulässig. Zunächst ist sie zulässig, wenn
 eine dauernde Anstellung (d. h. eine mindestens ein-
 jährige oder eine von unbestimmter Dauer mit drei-
 monatlicher Kündigungsfrist) mit mehr als 1500 Mark
 jährlichem Gehalt vorliegt, ferner wegen Alim-
 mentationsansprüchen der Familien-
 glieder (nicht wegen Alimenten für außereheliche
 Kinder). Das Reichsgesetz läßt ferner die Beschlag-
 nahme des Lohnes auch zu Gunsten der Steuer zu.
 Wegen directer persönlicher Staatssteuern und Com-
 munalabgaben (einschließlich Kreis-, Kirchen-, Schul-
 steuern), die nicht länger als seit drei Monaten fällig
 geworden sind, darf nämlich der Arbeits- oder Dienst-
 lohn mit Beschlag belegt werden. Doch dürfen die
 Landesgesetzgebungen derartige Beschlagnahmen unter-
 sagen. Ein preussisches Gesetz, welches die Beitreibung
 von Steuern regelt, erlirrt nicht, wohl aber eine könig-
 liche Verordnung vom 30. Juli 1853, welcher Gesetzes-
 kraft beigelegt wird. Nach Vorschrift dieser Verord-
 nung sind von der Pfändung ausgeschlossen u. a. „die
 für den Schulherrn, seine Ehefrau, seine bei ihm leben-
 den Kinder und Eltern nach ihrem Stande unent-
 behrlichen Beiten, Kleidungsstücke und Leibwäsche,
 sowie die Betten für das Gemüthe, das zur
 Wirtschaft unentbehrliche Haus- und Küchen-
 geräth, ein zum Heizen und Kochen bestimmter Ofen“.
 Die preussische Verordnung schließt eine Beschlagnahme
 des Arbeitslohnes wegen Steuern nicht aus. Die
 Annahme zu Gunsten des Fiscus ist theoretisch um-
 so weniger verständig, als sie mit den kurzen Worten
 „diese selbstverständliche Bestimmung ist nur deshalb
 aufgenommen, um jeder möglichen Forderung von vorn-
 herein vollständig vorzubeugen“, in demselben Gesetz-
 motive motivirt ist, die den zutreffenden Satz auf-
 stellen, es sei „zur völligen Evidenz nachgewiesen, in
 welche durchaus unerträgliche Lage der Arbeiter und
 der Arbeitgeber gerathen, wenn die Gerichte, wie dies
 so häufig geschehen, den Arbeitslohn vollständig mit
 Beschlag belegen, ohne jede Rücksicht darauf, wie der
 Arbeiter existiren solle“. Auch die Verordnung vom
 7. September 1879, welche über die Zwangsversteigerung
 im Verwaltungswege bindende Bestimmungen für ganz
 Preußen enthält, enthält die Pfändung des Arbeits-

lohes einschließende Bestimmung nicht. In § 51 ent-
 steht die Pfändung nur die auf gerichtliche Ver-
 richtung beruhenden Alimentenforderungen, die fortlaufen-
 den Einkünfte, welche ein Schuldner aus Einnahmen
 oder sonst auf Grund der Fürsorge und Freigebigkeit
 eines dritten bezieht, insoweit der Schuldner zur Ver-
 sorgung des nothwendigsten Unterhalts für sich, seine
 Ehefrau und seine noch unverorgten Kinder dieser Ein-
 künfte bedarf, ferner die Gebühren aus Kranken-,
 Hilfe-, Sterbe-, Anspassungskassen, den Soldatenold,
 die Soldaten-Invalidenpension, die Pensionen der
 Wittwen und Waisen, die Pensionen Invalider Arbeiter,
 die Erziehungsgelder, die Studienstipendien, die Bezüge
 aus Wittwen- und Waisenkassen und einige Beamten-
 und Militäranprüche. Bezüglich der Zulässigkeit der
 Pfändung des Arbeits- oder Dienstlohnes verweist die
 Verordnung darauf, daß es bei den Bestimmungen des
 oben angeführten Reichsgesetzes verbleibt. In Folge
 dieser Bestimmungen wird in Preußen selbst die Feuer
 der Seeleute vom fiskalischen Wagen mit Beschlag be-
 legt, und zwar — was uns unzulässig scheint — nicht
 nur wegen Steuern, sondern in Seestädten selbst wegen
 Gerichtskosten.

* Der Begriff „Fabrikarbeiter“ ist durch das
 Reichsgericht erweitert worden. Es bejaht nämlich die
 Frage, ob die Reinigung der von der Fabrik ge-
 trennten Lager- und Contorräume als Fabrikarbeit zu
 betrachten sei und läßt sich in der betreffenden Ent-
 scheidung darüber folgenvermaßen aus: Unter einer
 „Beschäftigung von Fabrikarbeitern in einer Fabrik“
 versteht die Gewerbeordnung nicht bloß die Dienst-
 leistungen, welche unmittelbar der Herstellung der
 Fabrikate dienen und in den inneren Räumen der
 Fabrik vorgenommen werden, sondern auch sonstige
 Arbeiten innerhalb und außerhalb des Fabrikgebäudes,
 welche in den Rahmen der zur Herstellung der Fabrik-
 erzeugnisse erforderlichen Thätigkeit fallen und deshalb
 als Arbeiten des Fabrikbetriebes angesehen werden
 müssen, beispielsweise also auch die Herbeischaffung von
 Arbeitsmaterial, das Heranziehen von Nahrungsmitteln,
 die von den Arbeitern in der Fabrik verzehrt werden,
 und auch das in den merkantilen Betrieb der Fabrik
 fallende Austragen von Rechnungen. Ebenso fallen
 unter solche Arbeiten auch die Bewachung, Reinigung
 und Instandhaltung der Betriebsanlagen, nicht aber
 Dienste in der Hauswirtschaft des Fabrikherrn. Zur
 Beschäftigung in der Fabrik gehört auch nicht die Be-
 schäftigung in der sogenannten Hausindustrie.

* Eine Invaliden- oder Altersrente wird
 für die Zeit nicht gezahlt, in welcher der Bezugs-
 berechtigte eine mehr als einmonatliche Freiheits-
 strafe verbüßt, in einem Arbeitshause oder einer
 Besserungsanstalt untergebracht ist oder seinen Wohnsitz
 in das Ausland verlegt. Wird die Rente in solchen
 Fällen trotzdem erhoben, so kann Bestrafung wegen
 Betrugs eintreten.

* Bewegung der Bevölkerung. In der
 Woche vom 21. Juli bis 27. Juli 1895 fanden nach dem
 Wochenbericht des Statistischen Amtes der Stadt Breslau
 75 Eheschließungen statt. In der Vorwoche wurden 271 Kinder
 geboren; davon waren 238 ehelich, 35 unehelich, 258 lebend-
 geboren, (144 männlich, 114 weiblich), 13 todtgeboren, (4 männ-
 lich, 9 weiblich). Die Anzahl der Gestorbenen (excl. Todt-
 geborene) betrug 281 (159 männlich, 122 weiblich) mit Ein-
 schluß der nachträglich aus Vorwochen gemeldeten. Von den
 Gestorbenen standen im Alter von 0 bis 1 Jahr 157 (darunter
 26 unehelich Geborene), 1 bis 5 Jahren 25, von 5 bis
 10 Jahren 10, von 10 bis 15 Jahren 4, von 15 bis 20 Jahren 2,
 von 20 bis 25 Jahren 8, von 25 bis 30 Jahren 11, von
 30 bis 40 Jahren 6, von 40 bis 50 Jahren 12, von 50
 bis 60 Jahren 17, von 60 bis 70 Jahren 16, von 70 bis
 80 Jahren 11, über 80 Jahre 2. — Es starben an Scharlach 9
 an Masern u. Röttheln 1, an Kose —, an Diphtheritis u. Group
 1, an Wochenbettfieber —, an Keuchhusten 2, an Unterleibs-
 typhus —, an acutem Gelenk-Rheumatismus —, an Ruhr —,
 an Brechdurchfall 22, an Magen- und Darmcatarrh bei
 Kindern bis 5 Jahren 63, an anderen acuten Darmerkrankheiten
 3, an anderen Infectionskrankheiten —, an Krebs 12, an
 Gehirnschlag 4, an Krämpfen 25, an anderen Krankheiten
 des Gehirns 11, an Lungenschwindsucht 23, an Lungen- und
 Luftröhren-Entzündung 23, an anderen acuten Krankheiten
 der Athmungs-Organen 5, an anderen Krankheiten der
 Athmungs-Organen 3, an Lebensschwäche und Atrophie der
 Kinder 22, an allen übrigen Krankheiten 40, in Folge von
 Beringung 7, in Folge von Selbstmord —, Unbekannt 5,
 Todtschlag —. — Auf 1 Jahr und 1000 Einwohner kamen in
 der Berichtswoche: Gestorbene überhaupt 39,83, im ersten
 Lebensjahre Gestorbene 22,25, an Lungenschwindsucht Ge-
 storbene 3,26.

* Polizeilich gemeldete Infectionskrank-
 heiten. In der Woche vom 21. Juli bis 27. Juli
 wurden 135 Erkrankungsfälle gemeldet und zwar erkrankten
 an mod. Pocken —, Cholera —, Diphtheritis 14, an Unter-
 leibstypus 4, an Rüdalfieber —, an Scharlach 48, an
 Masern 67, an Ruhr 1, an epidem. Genickstarre —, an
 Wochenbettfieber 1.

* Die neue Schauhalle, die von der
 städtischen Promenaden-Verwaltung am zoologische
 Garten erbaut wurde, ist nunmehr dem öffentlichen
 Verkehr übergeben worden. Sie dient zum Schau-

Magistrat im Ueberstande mit den Stadtvätern den hiesigen Tabakfabrikanten das Verbot um Uebernahme des hiesigen Schauspielhauses zu einer öffentlichen Tabak-interessentenversammlung und zwar abgelehnt. Es wurde demnach auf die parteiliche Handlungswelt der Verträge hingewiesen, da die bürgerlichen politischen Parteien den Antrag erhalten haben. Doch, wie haben wir uns gegen? Unsere „Freiwilligen“ Stadtväter parteilich? Der Herr Dr. Herrmann haben in „nicht öffentlicher“ (eine hiesige Umschreibung für „geheim“) Sitzung beschlossen, das Schauspielhaus überhaupt keinen Partei mehr zu überlassen, eben und lauter Unparteilichkeit! Oder?? Die konservativen Abgeordneten Puttkamer und Rache haben ihre letzte Parteiverammlung auch bereits in einem anderen Vortale abgehalten. Wer also unserer Herren Stadtväter noch einmal Parteilichkeit vorwirft, ist ein böser Feind; denn was können denn die Herren dafür, daß zwar die bürgerlichen Parteien bei jedem Wahlbesuche gern aufgenommen werden, hingegen den Socialdemokraten die Thür geschlossen wird? Wenn freilich der freundliche Feind die Handlungswelt des Verleger Magistrats mit der des rühmlichst bekannt gewordenen Bürgermeisters von Golsberg vergleicht, dann dürfte der Herr allerdings ein wenig anders lauten. — Das Dienstmädchen, welches vor längerer Zeit aus dem obersten Stockwerk des hiesigen Schauspielhauses in selbstmörderischer Absicht auf die Straße sprang und sich hierbei schwere Verletzungen zuzog, ist vor einigen Tagen aus der hiesigen Krankenhaus als geheilt entlassen worden und in die Heimath gereist. Daß der Verzeihungssprung nicht das Leben kostete, muß geradezu als ein Wunder bezeichnet werden.

Abwahl, 31. Juli. Im Landtagswahlkreis Plesch-Nubitz ist es gelegentlich der Aufstellung eines Candidaten an Stelle des verstorbenen Centrumsabgeordneten Conrad in der Centrums-Partei zu Streitigkeiten gekommen. Ein von einer vorläufigen Vertrauensmänner-Versammlung aufgestellter Candidat, Rechtsanwalt Albers in Ratibor, findet nicht den Beifall eines erheblichen Theiles der Centrumpartei im Kreise und ist daraus ein Streit über die Berechtigung dieser Aufstellung zwischen ultramontanen Provinzialblättern entstanden.

Seuthen, 30. Juli. Vom Schlauchfelde der Bergarbeit. In der Florentine-Grube verunglückten, nach der „D. Wst.“, in der Nacht zu Sonnabend zwei Männer dadurch, daß sie beim Säubern vom zu Bruche gekommenen Kohl verschüttet wurden. Einem von ihnen wurden beide Beine zermalmt, der andere wurde schwer verletzt. Die Bedauernswerthen wurden mit der größten Vorsicht zu Tage gefördert und dann mittels eines Krankentransportwagens in's Knappschafts-Lazareth geschafft.

Seuthen OS., 30. Juli. Große Unzufriedenheit herrscht in dem ehemaligen Reiche des beachtigten Sobczyl darüber, daß man den Leuten, die s. Z. die zum Fange des Sobczyl herkommenden Soldaten des 6. Jägerbataillons über drei Wochen lang beherbergt und gut verpflegt haben, nunmehr nicht mehr wie 70 Pf. pro Tag und Mann aus- hlt. Die kleinen Leuten erleiden in Folge dessen, abgesehen von den vielen Scherereien, einen erheblichen Schaden. Das Vorgehen der Behörden wird die Sympathien für die Wildbiede dort auch nicht herabmindern.

Aus den Nachbarprovinzen.

Posen, 31. Juli. Dem Beispiele der schlesischen Landschaft folgend, will nunmehr auch die Direction der Posener Landschaft den Gutsbesitzern der Provinz Posen finanziell behilflich sein bei der Umwandlung der bisher 4- und 3 1/2-procentigen Pfandbriefe in 3procentige. Der Vortheil der Posener Agrarier wird ein verhältnißmäßig noch höherer sein, als wie es der der schlesischen Gutsbesitzer ist, da es sich bei letzteren nur um 3 1/2-procentige Pfandbriefe handelte, während in Posen ein sehr erheblicher Theil der Pfandbrief-Schuld mit 4 Procent verzinst werden muß.

Fernisches.

Das Eisenbahnunglück, von welchem ein französischer Pilgerzug betroffen wurde, wird in der Pariser Presse wie folgt geschildert: Ein großes Eisenbahnunglück hat sich zwischen Pontivy und Saint-Brieuc mit einem Pilgerzuge, der von dem bretonischen Wallfahrtsorte Sainte-Anne d'Aray zurückkam, zugetragen. Dieser Zug, der Freitag um 10 Uhr Morgens von Pontivy abging, war so überfüllt, daß eine zweite Locomotive beigegeben wurde. Um 11 Uhr entgleiste dann die erste zwischen Quinim und Pleintal, die zweite und die vordersten Waggons mit sich fort über einen Damm hinweg, wo die Wagen theilweise zerstückelt wurden. Die Behörden von Saint-Brieuc konnten erst gegen Mittag durch Fußboten von dem Unglück unterrichtet werden, weil die Telegraphenleitungen von den Locomotiven zu Boden geworfen und so die Verbindungen abgetrennt worden waren. Noch ehe der Präfect und die vier Compagnien des 71. Infanterieregiments zur Stelle waren, hatte das Personal der nächst gelegenen Bahnhöfe sein Möglichstes gethan, den stöhnenden Pilgern, die so glücklich waren, auf eigenen Füßen gehen zu können, aus den zertrümmerten Waggons herausgeholfen, 25 Verwundete und 10 Tote auf den Reizen geduldet. Unter den letzteren befanden sich zwei Priester und der Jugführer. Einige der Schwerverwundeten mußten in Sinael untergebracht werden, die weniger schwer Verletzten befanden sich jetzt im Hospital von Saint-Brieuc. Ueber die Ursachen des Unfalls sind die Ankläger beschuldigt. Man erinnerte sich, daß zu Anfang dieses Jahres an der gleichen Stelle ein Telegraphensturz über die Geleise gelegt worden war, als ein Pilgerzug durchkommen sollte, in der unvorhergesehenen Absicht, ihn einen engen Streifen zu spielen. Damals gelang die Durchführung des Hindernisses und passirte. Andererseits wurde die Vermuthung laut, daß die Gewitterregen der letzten Zeit den Boden in jener Gegend, wie auch anderwärts durchdrungen haben könnten, daß er unter der Last des ungewöhnlich schweren Zuges nachgab. — Sainte-Anne d'Aray wird alljährlich um den 26. Juli, auf welchen Tag das Namensfest der Heiligen fällt, zahlreich besucht. Letzte Woche waren über 30,000 Pilger dort, welche sich an dem Festzuge

und an der Wallfahrtscommunion betheiligten. Die von mehreren Bischöfen, darunter auch Bist. Treguier, geleitet wurde, leibter, als die Wallfahrt noch eine politische Bedeutung hatte und die Führer der Republik sich alljährlich in Sainte-Anne d'Aray zu versammeln pflegten, was bei uns ein viel härteres: 400 bis 1000 Personen nicht haben Vortres und Parade-Mantel die bretonische Antik-Artie verdrängt und man hat nichts davon, daß die Verantwortlichen irgend etwas thun, um sie wieder mehr zu überzubringen. Treguier hat die frühere Kaiserin der Franzosen der Stelle schon mehr als einen Besuch abgestattet, jenseit Napoleon III. und ihr Sohn gestorben sind.

Die Wahl des Glockenläuters. Die „Koll. Mj.“ schreibt: Der Brüsseler Rathhausplatz hat am Montag einen ebenso ungewohnten wie erregten Anblick dar. Kopf an Kopf dicht gedrängt stand die Volksmenge auf dem von den alten zur-theil eingeschlossenen Plätze, kein Mädchen war frei. Die Fenster und Altane aller Häuser waren mit Zuschauern besetzt. Auf dem Gitter des Rathhauses hatten die Stadtrathe und Gemeinderathe mit ihren Frauen, die Vertreter der Presse und die Mitglieder der Jury Platz genommen. Der Glockenläuter Brüssels sollte gewählt werden; der Wettbewerb sollte beginnen. Von den 10 Bewerbern waren neun zurückgetreten, aber noch kurz vor Thorschluss hatte sich noch ein neuer Bewerber, der Glockenläuter der Stadt Alost (Ostflandern) gemeldet, so daß insgesammt sich acht Glockenspieler hören ließen. An der Maison de Nol, in deren Thurm sich das Glockenspiel befindet, wurde auf einer weißen Tafel die Nummer des Bewerbers jedesmal befestigt. Die ersten beiden Glockenspieler leisteten nichts Besonderes; erst als die Nummer Drei die „Wassellaise“ und „Heil Dir im Siegerkranz“ trefflich erklingen ließ, wurde lebhafter Beifall laut. Die folgenden Glockenspieler ließen Brüsseler Volksweisen, den blauen Donauwalzer, „Trarara bun de an“ und ähnliche Gassenhauer erklingen, machten aber nur sehr mäßigen Eindruck. Da erklang ein mächtiges, ausgezeichnet gespieltes Vorspiel; voll klangen die Töne dieser Einleitung, die zu Variationen über die „Tochter des Regiments“ überleiteten und in einer lustigen Weise ihren Abschluß fanden. Sein Spiel, Nummer acht, ergriff Alle, begeistert Beifall durchbrauste den Platz. Das Volk hatte den Glockenläuter bezeichnet und die Jury bestätigte sofort seine Wahl. Vom Rathhausgitter herab wurden der Sieg und die mit 3600 Fr. Jahresgehalt ausgeschattete Stelle dem Alost'er Glockenläuter, dem 28 Jahre alten De Meitte, zuerkannt; stürmischer Beifall erklang. „Der Sieger! Auf den Balkon!“ so schrien tausende Mäuler. Ueber das Menschenmeer hinweg wurde De Meitte von der Maison du Roi nach dem Rathhause von Arm zu Arm getragen, und als er endlich auf dem Rathhausgitter erschien, da wurde, während von den Kunsthäusern die Glocken ertönten, dem Sieger eine große Jubelung dargebracht.

Ein eigenartiges neues Kunststückchen machte diesen Winter in London und Paris viel Aufsehen, ohne daß jemand im Stande war, die Lösung dafür zu finden. Auch deutsche Zeitungen berichteten über die interessante Schaustellung, die darin bestand, daß zwei in rothe Nephthosphalescostüme gekleidete Spezialisten auftraten, denen aus den Fingerpitzen und aus dem Munde Strahlen von Feuer ausströmten, welche dieselben auch scheinbar von den Fingern des einen Künstlers auf jene des anderen übertrugen, oder der eine setzte durch die Flamme seines Mundes die Fingerpitzen des anderen in Flammen und andere unerklärliche Tricks mehr, die stets Staunen und Entsetzen erregten. Wie jetzt mitgetheilt wird, hat ein Pariser Taschenspieler die Erklärung für das so wunderbar und geheimnißvoll erscheinende Kunststück gefunden, welches so einfach auszuführen ist, daß man sich wirklich wundern muß, nicht von selbst gleich auf den wahren Verhalt zu kommen. Die Künstler standen auf einem erhöhten hölzernen Podium, in dem innen ein beschwerter, mit Leuchtgas gefüllter Feuerfaß sich befand, während von einem Fuße der Feuerfaß ein dünner Kupferdraht unterhalb der Strumpfhose nach dem Rücken verlief, der sich im Rücken in zwei nach den Armen verlaufende Theile spaltete, die bis nach den Händen hin liefen und sich hier wiederum in mehrere noch dünnere, bis in die Fingerpitzen verlaufende Theile spalteten. Die kurze Strecke, wo die Röhre frei die Handfläche passiren, sind dieselben fleischfarben gefärbt. Oben in zwei sich ein Rohr vom Rücken ab am Halse entlang durch den Ankelbart gehend. Die Künstler waren nun mit einem Fuß auf den Zuleitungsstrahlen des Podiums, stellten somit die Verbindung zwischen Gasfaß und ihrer Leitung her und schloßen und dünneten durch geeignete unauffällige Handbewegungen die verschiedenen Ausströmungspitzen, die sie durch einen elektrischen Funken anzündeten, der einen an ihrem Körper verhängenen kleinen Apparat entzündete wurde. Gezeichnete Pantinen, das allgütige Erleuchten und Hervorbrechen der langen dünnen Flammen, die scheinbare Uebertragung derselben auf die Finger der anderen Person liegen bei den so einfachen Mitteln eine Täuschung zu, über deren Möglichkeit man sich nach der Erklärung wirklich wundern muß.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 31. Juli. Bezüglich des Gesetzesentwurfs über die Strafrechtsreform verlaute in den Blättern, der Justizminister wäre diesem Entwurfe nicht geneigt. Die die „Din. Ztg.“ hat erzählt, ist diese Annahme unbegründet. Der Entwurf wird vielmehr in unveränderter Fassung im Reichstage in der nächsten Session wieder vorgelegt werden.

In Marinekreisen bezeichnet man es nach der „Mil. Bol. Cor.“ für sehr wahrscheinlich, daß in den nächsten Reichstagen eine Forderung für den Ersatzbau „König Wilhelm“ eingeleitet werden wird.

Nachen, 31. Juli. Die Anklage gegen den Bruder Heinrich von Marienberg wegen Meineids wird in der am 30. September beginnenden Schwurgerichtsperiode zu Nachen verhandelt werden.

Triest, 31. Juli. Vom Hitzschlag wurden bei einer Feldübung des 29. Infanterie-Regiments mehrere Soldaten getroffen. Sie führten von der augenscheinlichen Hitze ganz erschöpft auf der Straße nieder, die meisten erholten sich jedoch bald wieder unter der ihnen sofort gebotenen aufmerksamen Pflege. Nur ein zur Lösung ein-

geleiteter Soldat starb nach einigem Tage an den Folgen des Hitzschlags.

Belgrad, 31. Juli. Der reichsdeutsche Reichstag hat am 27. Juli das von dem Reichspräsidenten beschlossene Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes über die Verfassung des Reichstages an die Reichsversammlung geschickt. Die Partei wird den Reichstag nicht leicht machen.

Wien, 31. Juli. Das Organ des österreichischen Reichstages, der „Staats-Zeitung“, meldet: Das österreichische Cabinet Falkenbergs wird bis nach Ueberlegung des Budgets für 1895, also mindestens bis Neujahr, im Amt verbleiben und hierauf die Bildung eines bestimmten Cabinets erfolgen, das alsdann von der Sorge des Budgets befreit wird. Die Nachricht findet hier Glauben.

Die linker Angelegenheit, die die Budgetlosigkeit der liberalen Partei offenbart, fordert unter ihnen ein Opfer nach dem anderen. Nachdem die Herren Dr. v. Plener und Dr. Pezz ihre Mandate niedergelegt haben, ist der Abgeordnete der Städtegruppe Bozen-Meran, Freiherr v. Widmann, gefolgt, aus Angst vor den wildgewordenen Wähler-Phyllistern.

Der Minister des Aeußern, Graf Goluchowski, trifft in den ersten Tagen des August während des Besuchs des rumänischen Königspaares beim österr. kais. Kaiserpaare in Kehl gleichfalls daselbst ein und wird dann eine Zusammenkunft mit dem deutschen Reichskanzler Fürsten Hohenlohe in Auster haben.

Petersburg, 31. Juli. In der Stadt Kasnowodsk am Kaspiischen Meere fand ein starkes, minutenlanges Erdbeben statt. 15 Häuser sind eingestürzt, viele andere zeigen starke Risse. 12 Menschen wurden unter den Trümmern begraben.

Paris, 31. Juli. Die Blätter heben als einen großartigen Sieg der Franzosen in Marokko die offizielle Anerkennung des französischen Consuls in Fez durch den Sultan von Marokko hervor, und bemerken, daß bis jetzt kein französisches Consulat in Fez bestände und daß diese französische Ertrungenschaft für die Europäer sehr werthvoll sei.

Die Anklagekammer verwies die drei Administratoren der Südbahngesellschaft Martin, Bobin und Andre vor das Schwurgericht. Dieselben wurden gestern in's Untersuchungsgefängniß abgeführt. — Da hat man ein paar von den großen Spitzhüben gefangen, ob man sie wirklich hängen wird, ist mehr wie zweifelhaft.

Brookside (Alabama), 31. Juli. Hier fand ein Kampf zwischen Weißen und Negern statt, in welchen zwei Bischerherren und 6 Neger getödtet wurden. Der Kampf entstand dadurch, daß ein schwarzer Bergarbeiter verhaftet werden sollte, welcher auf die Sheriff's schloß. Die weißen Bergarbeiter vereinigten sich gegen die Neger. 150 Schiffe wurden abgegeben, worauf die Neger flohen. Man befürchtet einen Angriff auf die Stadt.

Savana, 31. Juli. Eine spanische Armee wurde vorgestern bei San Louis von den Insurgenten angegriffen und völlig geschlagen. Von 2000 Soldaten wurden 675 im Handgemenge niedergemetzelt, 400 desertirten, vereinigten sich mit den Rebellen und führten denselben 4 Geschütze zu. — Generalmajor Koloff, ein hervorragender Führer des cubanischen Aufstandes vom Jahre 1868, ist mit vier Schoonern auf Cuba gelandet. Die Expedition ist mit 700,000 Patronen, 500 Fuhnd Dynamit und mehreren hundert Gewehren ausgerüstet; es gelang ihr, sich mit den Streitkräften des Insurgentenführers Bagas zu vereinigen. Da wird es mit den „siegenden“ Spaniern wohl bald zu Ende sein.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 31. Juli.

Geburten. I. Schuhmachermeister Gottlieb Mantke, ev., S. — Schmied Johann Nowak, kath., T. — Arbeiter Wilhelm Jaedel, ev., T. — Schuhmacher Emanuel Wallach, kath., S. — II. Arbeiter August Krätzig, kath., T. — Haushälter August Vignier, kath., T. — Musiker Oscar Staude, ev., S. — Rangirer Carl Dybel, kath., S. — Seilermeister Gustav Mayn, ev., T. — Kaufmann Josef Heilig, kath., T. — Tischlermeister Paul Starke, ev., T. — Malergehilfe Hugo Beck, kath., T. — Kupferschmied Oscar Stadte, ev., S. — Zimmergehilfe Paul Primate, ev., S.

Todesfälle. I. Curt, S. des Arbeiters August Wiesner, 3 T. — Fritz, S. des Anstreichers Reinhold Sonntag, 4 Mon. — Martha, T. des Bäckermeisters Reinhold Krieling, 7 W. — Richard, S. des Schlossers Carl Hecker, 5 Mon. — Lucia, T. des Sattlers Paul Herrmann, 8 W. — Jda, T. des Lackirers Max Reipert, 11 Std. — Otto, S. des Arbeiters Paul Salisch, 5 W. — Friede, T. des Arbeiters Wilhelm Jaedel, 2 T. — Hermann, S. des Arbeiters Julius Wettermann, 7 W. — Martha, T. des Schlossers Maximilian Koch, 2 Mon. — Arbeiterwitwe Johanna Haendel, geb. Kitzche, 60 J. — Tischler Robert Schär, 51 Jahre. — Formschneider Henriette Buschmeyer, geb. Schlum, 39 J. — Buchhändler Johann Mann, 30 J. — Helene, T. des Haushälters Robert Bentel, 1 J. — Elisabeth, T. des Seilermeisters Gustav Mayn, 1 Tag. — Curt, S. des Maschinenmeisters Otto Kondziela, 5 Mon. — Walter, S. des Erblassers Heinrich Thiel, 5 W. — Helene, T. des Malers Carl Otte, 10 Mon. — Kistenmacher Gustav Eurm, 63 J. — Schlosser Gustav Jühner, 58 J. — Martha, T. des Arbeiters August Berndt, 7 J. — Walter, S. des Schlossers Constantin Dugi, 2 J. — Auszügler Gottlieb Pöschel, 75 Jahre. — Arthur, S. des Schriftsetzers Gustav Winkler, 5 W. — Willy, S. des Haushälters Arthur Schelauke, 3 W. — Fritz, S. des Tischlers Eugen Bensch, 1 J. — Robert, S. des Schmieds Paul Hellmann, 10 W. — Schlosser Josef Magiera, 44 J. — III. Richard, S. des Brauers Emil Langes, 5 W. — Reinhold, S. des Arbeiters Paul Sperling, 2 W. — Robert, S. des Werkführers August Fernel, 18 T. — Schuhmachersfrau Pauline Matzke, geb. Schöpler, 48 J. — Friede, T. des Zimmermanns Carl Urban, 2 W. — Otto, S. des Eisenarbeiters Heinrich Uglaster, 3 W. — Hermann, S. des Silberarbeiters Max Bruchke, 2 W. — Arbeiter Johann Staniszewski, 57 J. — Tischlerwitwe Marie Heiber, geb. Reich, 79 J. — Fritz, S. des Arbeiters Wilhelm Girndt, 1 W. — Georg, S. des Arbeiters Gustav Vignier, 1 Mon. — Hermann, S. des verit. Köpfers Hermann Neumann, 5 T. — Sophie, T. des Ziegelmeisters Valentin Zalaczal, 3 J.